

Bildung und Demokratie im Neoliberalismus

Von Raphael Jakob

Eingangs möchte ich auf den Einfluss der Aufklärung auf das moderne Bildungsverständnis eingehen und warum es eine Grundvoraussetzung für eine Demokratie verstanden wird. Dann behaupte ich, dass dieses Verhältnis aufgrund des Kapitalismus und der Klassenverhältnisse immer sehr schwach war und heute durch den Neoliberalismus komplett bedroht ist. Zum Schluss dann ein Plädoyer für ein radikaleres Verständnis der Demokratie und die Bildung als Werkzeug dazu.

Mein politischer Hintergrund ist die Autonomen Schule Zürich. Wir verstehen uns dort als ein emanzipatorisches Bildungsprojekt und beziehen unsere Inhalte gerne auf den brasilianischen Befreiungstheologen Paulo Freire. In den Grundsätzen der ASZ, steht ganz zuoberst folgendes Freire Zitat:

„Bildung kann niemals neutral sein. Entweder ist sie ein Instrument zur Befreiung des Menschen, oder sie ist ein Instrument seiner Domestizierung, seiner Abrichtung für die Unterdrückung.“

Daneben stelle ich ein Zitat von Humboldt, dem einflussreichen preussischen Bildungsreformer des 19. Jh., der wegweisend war für die Hochschulbildung wie wir sie heute kennen:

„Bildung bedeutet die Anregung aller Kräfte eines Menschen, damit diese sich über die Aneignung der Welt in wechselseitiger Ver- und Beschränkung harmonisch-proportionierlich entfalten und zu einer sich selbst bestimmenden Individualität oder Persönlichkeit führen, die in ihrer Idealität und Einzigartigkeit die Menschheit bereichert.“

Auch wenn ich für beide Zitate kein genaues Daten habe, könnten nach Schätzung rund 150 Jahre dazwischen liegen. Humboldts Zitat ist mehr auf Harmonie und Individualität bezogen, das von Freire erscheint kämpferischer. Der eine ist ein Bildungsbürger, der andere kämpft Seite an Seite mit den Unterdrückten gegen Kolonialherrschaft. Trotz den Unterschieden ist bei beiden Zitaten Bildung als eine Erweiterung der Handlungsfähigkeit des einzelnen Menschen zentral. Ihren gemeinsamen Kern ziehen beide der Vorstellung, dass Bildung befreien sollte.

Bei einem zweiten Zitat von Humboldt kommt noch ein Aspekt dazu:

Jeder ist offenbar nur dann guter Handwerker, Kaufmann, Soldat und Geschäftsmann, wenn er an sich und ohne Hinsicht auf seinen besonderen Beruf ein guter, anständiger, seinem Stande nach aufgeklärter Mensch und Bürger ist.

Der Mensch soll also nicht nur ein autonomes Individuum sein, sondern auch ein guter Bürger. So kommen Bildung und Demokratie in ein gemeinsames Verhältnis. Man braucht gebildete Bürger, damit die Demokratie funktioniert. BürgerInnen können nur über sich selbst herrschen oder zumindest sorgfältig ihre Vertreter auswählen, denn sie die Mächte und Probleme verstehen, mit denen sie zu tun haben.

Dieses Ideal der Aufklärung wurde natürlich nie erreicht. Einerseits, weil BürgerInnen und Bürger selbst zwar eine universelle Idee ist, aber es waren immer Menschen

ausgeschlossen. Frauen, Menschen aus den Kolonien oder oft auch die Arbeiterklasse. In der Vergangenheit war es oft der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften zu verdanken, dass es überhaupt Berufsbildung gibt.

„Weil wir informierte Bürgerinnen und Bürger brauchen, brauchen wir mehr Bildung, mehr Staatskunde und nicht zuletzt mehr Geschichtsunterricht – und nicht weniger wie gegenwärtig geplant. (Philip Sarasin, Tagesanzeiger)

Die direkte Demokratie erfordert es sogar wie kein anderes System, dass die Stimmbürger(innen), welche die Macht haben, die Verfassung fast nach Belieben zu verändern, fundamentale Prinzipien wie Gewaltenteilung oder Gleichheit vor dem Gesetz verinnerlicht haben.

Und da zeigten die Social-Media-Postings in oft schonungsloser Offenheit, dass viele keinen Schimmer von diesen Prinzipien haben.“ (Philip Sarasin, Tagesanzeiger)

Diese Aussagen machte er im Kontext der Durchsetzungsinitiative. Gerade jetzt wo rechte politische Bewegungen den Grundkonsens der Verfassungs- und Menschenrechte, immer wieder offen angreifen und damit Abstimmungen gewinnen, schauen viele um sich und fragen: was ist mit unseren Bildungsidealen passiert? Warum sind unsere Bürgerinnen so unaufgeklärt?

Natürlich war und ist Bildung, besonders Hochschulbildung auch immer Klassenbildung. Es hatten nie alle gleichen Zugang zur Bildung. Es gab immer auch eine Bildungselite.

Die Chancengleichheit ist ein leitendes Prinzip der Gesellschaft. Trotzdem hat dieses liberale Verständnis der Bildung nie eine wirklich egalitäre Wirklichkeit. Die Klassengesellschaft hat sich auch seit je in der Bildung abgezeichnet und die sogenannte soziale Mobilität durch Bildung war immer begrenzt. Bourdieu meinte bereits in den 70er Jahren, dass das höhere Bildungswesen nicht hilft soziale Ungleichheiten und Klassenprivilegien abzubauen, im Gegenteil, er festigt sie sogar, weil höhere Bildung immer schon voraussetzt, was sie zu vermitteln vorgibt: Beherrschung der Sprache, Eleganz des Stils, Vertrautheit mit den kulturellen Normen der gebildeten Oberschicht. Also der Habitus als Barriere. Formelle Chancengleichheit wird somit zur Illusion und verdeckt die Klassenverhältnisse.

Diese Erfahrung mache ich in der Jugendarbeit. Dort habe ich vor allem Kontakt mit der migrantischen Arbeiterklasse, der zweiten Generation. Ich habe in den 8 Jahren, in denen ich dort arbeite, keinen einzigen getroffen, der eine höhere Berufsbildung anstrebt bzw. in Aussicht hat. Die meisten von ihnen machen eine handwerk-, oder Verkaufslehre und viele von ihnen hangeln sich anschliessend durch prekäre und temporäre Arbeitsverhältnisse.

Aber auch jene, die in den Genuss einer Hochschulbildung kommen, erfahren dort die Auswirkungen des Neoliberalismus. Damit hat sich Wendy Brown in ihrem Buch „Die Schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, befasst.

Eingangs schreibt sie: „Bürger können nicht über sich selbst herrschen; auch wenn das nur bedeutet, sorgfältig ihre Stellvertreter auszuwählen oder bei Volksentscheiden ihre

Stimme abzugeben, geschweige denn, sich an direkteren Praktiken gemeinsamer Herrschaft zu beteiligen, ohne die Mächte und Probleme zu verstehen, mit denen sie zu tun haben. Die Werkzeuge für ein solches Verständnis zur Verfügung zu stellen war in den letzten zwei Jahrhunderten eine entscheidende Prämisse der öffentlichen sekundären und Hochschulbildung im Westen. In den letzten Jahren wurde diese Prämisse von einer Auffassung der Bildung abgelöst, die sie in erster Linie als nützlich für die Entwicklung von Humankapital versteht, wobei Humankapital das ist, was das Individuum, die Welt der Industrie und der Staat zu steigern versuchen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu maximieren.“ (S. 209)

Für Brown ist der Neoliberalismus nicht unbedingt eine Wirtschaftspolitik, sondern eine Regierungsrationalität, die die Gesetze des Marktes auf alle Lebensbereiche des Menschen ausdehnt. Er fasst alles überall in Begriffen der Investition und Wertsteigerung von Kapital auf, einschliesslich und insbesondere die Menschen selbst.

Wenn wir uns also bilden, dann investieren wir in unser eigenes individuelles Kapital. Wir versuchen unseren eigenen Wert auf dem Arbeitsmarkt zu steigern.

„Subjekte einschliesslich Staatssubjekte werden von den Marktmetriken unserer Zeit als in sich selbst investierendes Humankapital aufgefasst. Jeder muss so in sich investieren, damit sein Wert steigt oder sicher nicht sinkt.“ In diesem Sinne bilden wir uns, um auf einem Gebiet spezialisiert zu sein und zu hoffen, dass wir einen guten Job finden.

Das hat weitreichende Folgen auf die Menschen als politische Subjekte, da sie nicht als Mitglieder eines demokratischen Gemeinwesens adressiert werden, sondern als Konsumenten. Und als Konsument wird auch erwartet, dass er dafür bezahlt, was er konsumiert. Dadurch wird heute auch immer mehr verlangt, dass man für Bildung bezahlt.



Ökonomisierung der Bildung aufgrund von Standortwettbewerb. Die Hochschulen stehen international im Konkurrenzkampf gegenüber anderen Ländern. Die Schweiz positioniert sich diesbezüglich oft als Wissensgesellschaft (in Abgrenzung zur Produktionsgesellschaft, Post-Fordismus) und sieht eine hohe Priorität darin, in diese

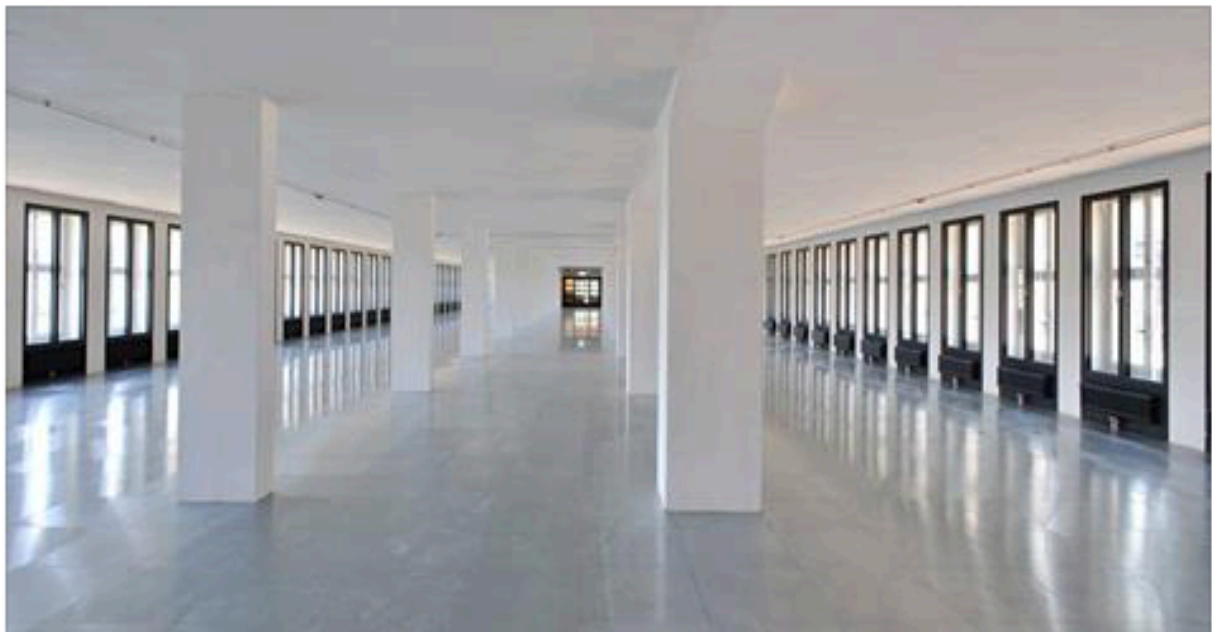
Richtung zu investieren. Man will die hochgebildeten und Top-Shots ins Land holen und (Google etc.). Damit verbunden wird eine aggressive Steuerpolitik betrieben, um die Firmen anzulocken. Die fehlenden Steuereinnahmen müssen dann kompensiert werden mit Kürzungen im Bildungsbereich.



Stadt Zürich

23 Min · 🌐

Grüezi Google! Das Unternehmen setzt weiterhin auf unsere Stadt, investiert in neue Arbeitsplätze und weiht heute neue Büros in der Sihlpost ein. Das kommt nicht von ungefähr: Im gestern erschienenen «Global Talent Competitiveness Index 2017» belegt Zürich weltweit den zweiten Platz!
(otr)



Zürich ist attraktiv – auch für kluge Köpfe: Das zeigt ein aktuelles Ranking von Adecco

GTCI2017.COM



Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

Der Punkt ist aber auch, dass unser Wirtschaftssystem gar keine Chancengleichheit will und braucht. Wer soll denn körperlich mühselige und oft schlecht bezahlte Arbeit machen. Und da kommen MigrantInnen ins Spiel.

Das emanzipatorische Versprechen wurde seit der Aufklärung nie eingehalten. Die liberale Demokratie hält zwar deren Prinzipien nach wie vor hoch, ist aber zu schwach und zu ungewillt, diese zu Verwirklichen. Darum müssen wir, so denke ich, Demokratie und Bildung als emanzipatorische Forderung, als uneingelöstes Versprechen, als Lebenspraxis und Begehren jenseits der liberalen Demokratie entwickeln. Reclaim Democracy heisst der Kongress und ich denke, dieses wiedererkämpfen der Demokratie fängt dort an, wo man sich an den Rändern organisiert, von unten Bewegungen baut und auf Autonomie pocht. Einfach gesagt, schwierig zu tun. Lö...In der Solidarisierung mit Geflüchteten und MigrantInnen und der gemeinsamen Organisierung liegt ein grosses Potential, denn so ist man gezwungen die Perspektive aus der Position der Ausgeschlossenen zu sehen. Ein wichtiger Ausgangspunkt für emanzipatorische Bildung sind Selbstkritik und eine Reflexion herrschaftsstabilisierender Mechanismen von Bildung und ihrer herrschaftskritischen Potenziale. Da möchte ich die Autonome Schule erwähnen. Das spezielle an der ASZ ist für mich einerseits die Geschichte. Sie ist aus einem kollektiven Kampf von MigrantInnen und solidarischen BürgerInnen entstanden. In der Initiative Bleiberecht organisiert entschied sich eine Gruppe von Menschen, die demokratisch zustande gekommene Asylgesetzverschärfung nicht zu akzeptieren und durch zivilen Ungehorsam dagegen zu protestieren. Als Folge wurde eine Kirche für knapp 3 Wochen besetzt. Das löste eine grosse Öffentlichkeit aus. Politisch hat man zwar nicht viel erreicht, viele Leute wurden ausgeschafft und es gab keine kollektive Regularisierung. Aber durch die geniale Idee einiger Aktivistinnen wurde mit der Energie der Bewegung die Autonome Schule gegründet. Wenn der Staat für uns keine Bildung vorsieht, dann organisieren wir wie selbst. Die ASZ gibt es mittlerweile seit 7 Jahren, hunderte nutzen jede Woche das Kursangebot und Dutzende geben auf freiwilliger Basis Kurse. Die Schule ist kollektiv organisiert man begegnet sich auf Augenhöhe. Die Schule hat eine eigene Zeitung, wo aus der Perspektive von MigrantInnen geschrieben wird.

So kommen Bildung und Demokratie in ein gemeinsames Verhältnis. Im Zuge der Aufklärung und Französischen Revolution verbreitete und etablierte sich das Verständnis, dass Bildung keine Frage des Privilegs nach Stand und Herkunft sein, sondern als universelles Prinzip für alle Menschen gleich gelten sollte. Die Menschen sollten sich aus den Zwängen des absolutistischen Staates lösen und mehr persönliche Handlungsfreiheit erlangen können. Dazu war die Vorstellung und Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit zentral. Und die konnte nur durch eine breite Bildung der BürgerInnen erreicht werden. Mit Bürgern meine ich Citoyen (also den Staatsbürger) und nicht den Bourgeois (Besitz- und Herrschaftsbürger), obwohl historisch der eine oft Bedingung für den Anderen war.

Bildung war also ein wichtiges Werkzeug, um BürgerInnen zu befähigen, das öffentliche Leben mitzugestalten. Bildung war also Voraussetzung für Demokratie. Mit Bürger deute ich schon an, dass Bildung und somit die Partizipation am öffentlichen Leben beschränkt war auf die, die jeweils als BürgerInnen galten. Davon waren Menschen aus den Kolonien, Frauen und die allgemein die Arbeiterklasse ausgeschlossen. Trotzdem war die Idee der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Liberalismus und des liberalen Nationalismus des 19. Jahrhunderts, dass sich zivile Rechte (Bürgerschaft, auf Nation bezogen) und die Menschenrechte (Fundamentalrechte für alle) annähern sollen mit dem Ziel, dass niemand von der politischen Gemeinschaft ausgeschlossen sein sollte.

Diese Ideale waren jedoch durch die Zwänge des Kapitalismus und der Idee des freien Marktes immer eingeeengt wozu, vielleicht mehr denn je. Was die Aufklärer vor dreihundert Jahren sagten, müssen auch heute noch Akademiker wieder aufs neue betonen, wie kürzlich Philip Sarasin, Historiker an der Universität Zürich, im Tagesanzeiger äusserte:

Weil wir informierte Bürgerinnen und Bürger brauchen, brauchen wir mehr Bildung, mehr Staatskunde und nicht zuletzt mehr Geschichtsunterricht – und nicht weniger wie gegenwärtig geplant. (Philip Sarasin, Tagesanzeiger)

Die direkte Demokratie erfordert es sogar wie kein anderes System, dass die Stimmbürger(innen), welche die Macht haben, **die Verfassung fast nach Belieben zu verändern**, fundamentale Prinzipien wie Gewaltenteilung oder Gleichheit vor dem Gesetz verinnerlicht haben.

Und da zeigten die Social-Media-Postings in oft schonungsloser Offenheit, dass viele **keinen Schimmer von diesen Prinzipien** haben.

Diese Aussagen machte er im Kontext der Durchsetzungssinitiative. Gerade jetzt wo rechte politische Bewegungen den Grundkonsens der Verfassungs- und Menschenrechte,

immer wieder offen angreifen und damit Abstimmungen gewinnen, schauen viele um sich und fragen: was ist mit unseren Bildungsidealen passiert? Warum sind unsere Bürgerinnen so unaufgeklärt?

Zum einen war und ist Bildung, besonders Hochschulbildung auch immer Klassenbildung. Es hatten nie alle gleichen Zugang zur Bildung. Es gab immer auch eine Bildungselite.

Zur Klassenbildung: Die Chancengleichheit ist ein leitendes Prinzip der Gesellschaft. Trotzdem hat dieses liberale Verständnis der Bildung nie eine wirklich egalitäre Wirklichkeit. Die Klassengesellschaft hat sich auch seit je in der Bildung abgezeichnet und die sogenannte soziale Mobilität durch Bildung war immer begrenzt. Bourdieu meinte bereits in den 70er Jahren, dass das höhere Bildungswesen nicht hilft soziale Ungleichheiten und Klassenprivilegien abzubauen, im Gegenteil, er festigt sie sogar, weil höhere Bildung immer schon voraussetzt, was sie zu vermitteln vorgibt: Beherrschung der Sprache, Eleganz des Stils, Vertrautheit mit den kulturellen Normen der gebildeten Oberschicht. Also der Habitus als Barriere. Formelle Chancengleichheit wird somit zur Illusion und verdeckt die Klassenverhältnisse.

Diese Erfahrung mache ich in der Jugendarbeit. Dort habe ich vor allem Kontakt mit der migrantischen Arbeiterklasse, der zweiten Generation. Ich habe in den 8 Jahren, in denen ich dort arbeite, keinen einzigen getroffen, der eine höhere Berufsbildung anstrebt bzw. in Aussicht hat. Die meisten von ihnen machen eine handwerk-, oder Verkaufslehre und viele von ihnen hangeln sich anschliessend durch prekäre und temporäre Arbeitsverhältnisse. Über die Verhältnisse der Klasse der Flüchtlinge und ihre Aussicht auf Bildung werden wir nachher von Harika noch mehr hören.

Aber auch jene, die in den Genuss einer Hochschulbildung kommen, erfahren dort die Auswirkungen des Neoliberalismus. Damit hat sich Wendy Brown in ihrem Buch „Die Schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, befasst.

Eingangs schreibt sie: „Bürger können nicht über sich selbst herrschen; auch wenn das nur bedeutet, sorgfältig ihre Stellvertreter auszuwählen oder bei Volksentscheiden ihre Stimme abzugeben, geschweige denn, sich an direkteren Praktiken gemeinsamer Herrschaft zu beteiligen, ohne die Mächte und Probleme zu verstehen, mit denen sie zu tun haben. Die Werkzeuge für ein solches Verständnis zur Verfügung zu stellen war in den letzten zwei Jahrhunderten eine entscheidende Prämisse der öffentlichen sekundären und Hochschulbildung im Westen. In den letzten Jahren wurde diese Prämisse von einer Auffassung der Bildung abgelöst, die sie in erster Linie als nützlich für die Entwicklung von Humankapital versteht, wobei Humankapital das ist, was das Individuum, die Welt der Industrie und der Staat zu steigern versuchen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu maximieren.“ (S. 209)

Für Brown ist der Neoliberalismus nicht unbedingt eine Wirtschaftspolitik, sondern eine Regierungsrationalität, die die Gesetze des Marktes auf alle Lebensbereiche des Menschen ausdehnt. Er fasst alles überall in Begriffen der Investition und Wertsteigerung von Kapital auf, einschliesslich und insbesondere die Menschen selbst.

Wenn wir uns also bilden, dann investieren wir in unser eigenes individuelles Kapital. Wir versuchen unseren eigenen Wert auf dem Arbeitsmarkt zu steigern.

„Subjekte einschliesslich Staatssubjekte werden von den Marktmetriken unserer Zeit als in sich selbst investierendes Humankapital aufgefasst. Jeder muss so in sich investieren, damit sein Wert steigt oder sicher nicht sinkt. In diesem Sinne bilden wir uns, um auf einem Gebiet spezialisiert zu sein und zu hoffen, dass wir einen guten Job finden.

Bilder von ZHAW

Das hat weitreichende Folgen auf die Menschen als politische Subjekte, da sie nicht als Mitglieder eines demokratischen Gemeinwesens adressiert werden, sondern als Konsumenten. Und als Konsument wird auch erwartet, dass er dafür bezahlt, was er konsumiert. Dadurch wird heute auch immer mehr verlangt, dass man für Bildung bezahlt.



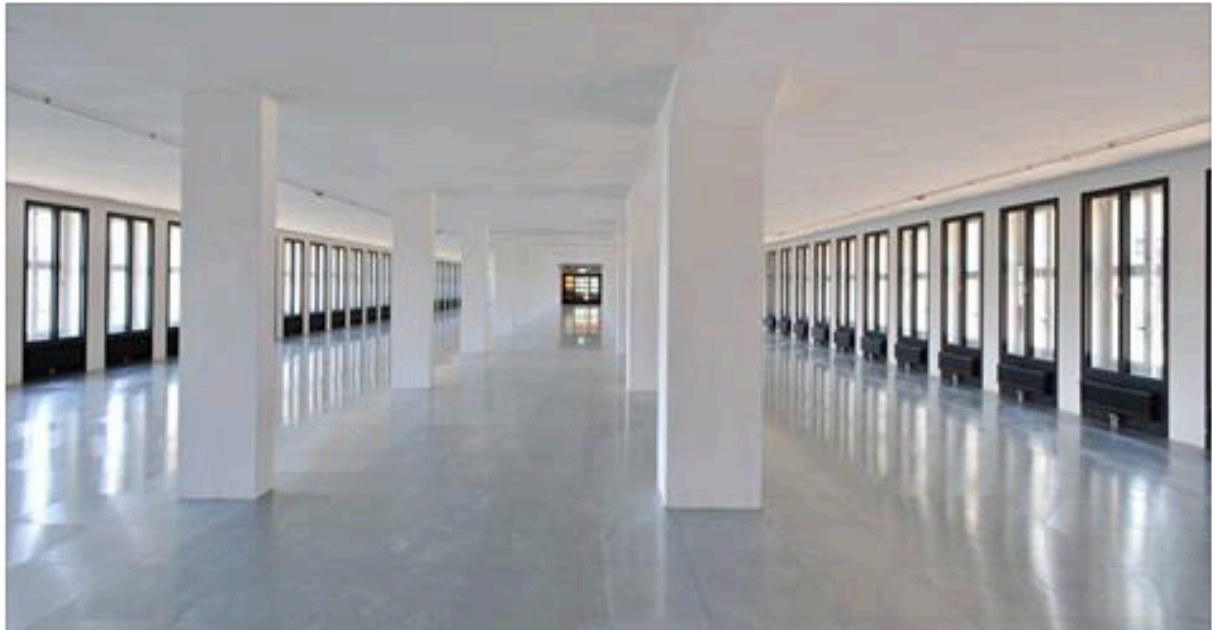
Ökonomisierung der Bildung aufgrund von Standortwettbewerb. Die Hochschulen stehen international im Konkurrenzkampf gegenüber anderen Ländern. Die Schweiz positioniert sich diesbezüglich oft als Wissensgesellschaft (in Abgrenzung zur Produktionsgesellschaft, Post-Fordismus) und sieht eine hohe Priorität darin, in diese Richtung zu investieren. Man will die hochgebildeten und Top-Shots ins Land holen und (Google etc.). Damit verbunden wird eine aggressive Steuerpolitik betrieben, um die Firmen anzulocken. Die fehlenden Steuereinnahmen müssen dann kompensiert werden mit Kürzungen im Bildungsbereich.



Stadt Zürich

23 Min · 🌐

Grüezi Google! Das Unternehmen setzt weiterhin auf unsere Stadt, investiert in neue Arbeitsplätze und weiht heute neue Büros in der Sihlpost ein. Das kommt nicht von ungefähr: Im gestern erschienenen «Global Talent Competitiveness Index 2017» belegt Zürich weltweit den zweiten Platz!
(otr)



Zürich ist attraktiv – auch für kluge Köpfe: Das zeigt ein aktuelles Ranking von Adecco

GTCI2017.COM



👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

Der Punkt ist aber auch, dass unser Wirtschaftssystem gar keine Chancengleichheit will und braucht. Wer soll denn körperlich mühselige und oft schlecht bezahlte Arbeit machen. Und da kommen MigrantInnen ins Spiel.

Das emanzipatorische Versprechen wurde seit der Aufklärung nie eingehalten. Die liberale Demokratie hält zwar deren Prinzipien nach wie vor hoch, ist aber zu schwach und zu ungewillt, diese zu Verwirklichen. Darum müssen wir, so denke ich, Demokratie und Bildung als emanzipatorische Forderung, als uneingelöstes Versprechen, als

Lebenspraxis und Begehren jenseits der liberalen Demokratie entwickeln. Reclaim Democracy heisst der Kongress und ich denke, dieses wiedererkämpfen der Demokratie fängt dort an, wo man sich an den Rändern organisiert, von unten Bewegungen baut und auf Autonomie pocht. Einfach gesagt, schwierig zu tun. Lö...In der Solidarisierung mit Geflüchteten und MigrantInnen und der gemeinsamen Organisation liegt ein grosses Potential, denn so ist man gezwungen die Perspektive aus der Position der Ausgeschlossenen zu sehen. Ein wichtiger Ausgangspunkt für emanzipatorische Bildung sind Selbstkritik und eine Reflexion herrschaftsstabilisierender Mechanismen von Bildung und ihrer herrschaftskritischen Potenziale. Da möchte ich die Autonome Schule erwähnen. Das spezielle an der ASZ ist für mich einerseits die Geschichte. Sie ist aus einem kollektiven Kampf von MigrantInnen und solidarischen BürgerInnen entstanden. In der Initiative Bleiberecht organisiert entschied sich eine Gruppe von Menschen, die demokratisch zustande gekommene Asylgesetzverschärfung nicht zu akzeptieren und durch zivilen Ungehorsam dagegen zu protestieren. Als Folge wurde eine Kirche für knapp 3 Wochen besetzt. Das löste eine grosse Öffentlichkeit aus. Politisch hat man zwar nicht viel erreicht, viele Leute wurden ausgeschafft und es gab keine kollektive Regularisierung. Aber durch die geniale Idee einiger Aktivistinnen wurde mit der Energie der Bewegung die Autonome Schule gegründet. Wenn der Staat für uns keine Bildung vorsieht, dann organisieren wir wie selbst. Die ASZ gibt es mittlerweile seit 7 Jahren, hunderte nutzen jede Woche das Kursangebot und Dutzende geben auf freiwilliger Basis Kurse. Die Schule ist kollektiv organisiert man begegnet sich auf Augenhöhe. Die Schule hat eine eigene Zeitung, wo aus der Perspektive von MigrantInnen geschrieben wird.

sich die Im Bleiberecht haben sich MigrantInnen, politischen Flüchtlinge, Sans-Papiers und solidarische BürgerInnen zusammen-geschlossen und beispielsweise eine Kirche für drei Wochen als Protest gegen die Asylgesetze besetzt. Die Asylgesetze wurden demokratisch abgesehnet. Das heisst in der Schweiz, das sie nachher von allen akzeptiert werden, auch von der Opposition. Dass sich die Betroffenen und andere organisierten und in zivilem Ungehorsam tätigten, hatte nicht nur die Absicht, gegen das zu protestieren, was als Konsequenz aus den Gesetzen für die Geflüchteten hervorgeht, obwohl das zentral war, sondern die Art und Weise in Frage zu stellen, wie und von wem diese Entscheidungen kommen. Wer ist eigentliche das Stimmvolk? Und wer ist es nicht? Wer ist Bürger und wer nicht? Was bedeutet Demokratie, wenn ein Teil der Menschen, die sich an einem Ort befinden, nicht an den Diskussionen und Entscheidungen Teil haben können, die sie betreffen?

Und dieser Geist steckt auch in der Autonomen Schule. Wenn die Bildung für Geflüchtete entweder verboten, oder unbezahlbar oder einfach unter dem Integrationsdruck steht, dann organisieren wir selber eine Schule. Die Gründer der Schule haben verstanden, dass das nur Autonom sein kann, also in Distanz zum Staat. Aber nicht, dass man einfach einen Verein gründet und eigene Räume mietet, sondern Räume besetzt und auch um öffentliche Diskurse kämpft.

Was wir heute als liberale Demokratie bezeichnen war kein glatt laufender Prozess, sondern das Resultat erbitterter Kämpfe. Für GM Tamas war die Existenz der Arbeiterbewegung die notwendige Bedingung für die liberale Demokratie. Denn es waren sie, welche den Gleichheitskampf führten, indem sie sich der Unterdrückung des Kapitals widersetzen und so viele soziale Errungenschaften erreichten. Die liberalen waren für sich zu schwach, da sie immer ihr Gewicht der persönlichen Freiheit und dem bürgerlichen Rechtsstaat gaben und immer Angst hatten vor der Souveränität des Volkes. Die liberale Demokratie war also die Folge eines Kompromisses. Dafür musste die Sozialdemokratie ihre revolutionären Bestrebungen aufgeben zugunsten des inneren Friedens und Stabilität und Teil des bürgerlichen Staates werden. Dafür waren die Arbeiter politisch repräsentiert und gewerkschaftliche Arbeit war legalisiert, die kommunistische Partei war erlaubt und der Wohlfahrtsstaat wurde ausgebaut. Diese Phase dauerte von 1945 – 1989. Auf den Zusammenbruch der Sozialistischen Staaten folgte die Schwächung und Teilweise Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften.

Es gab immer eine Lücke zwischen Demokratie als emanzipatorisches Ideal und Demokratie als konkrete Existenz. Und gerade diese Lücke, dieses Paradox hat die sozialen Bewegungen seit jeher ausgenutzt. Sie haben für das gekämpft, was als Ideal hier war aber noch nicht sozial verwirklicht. Wendy Brown argumentiert, dass diese Lücke oder diese Spannung zwischen Form und Inhalt, welche ein Motor für emanzipatorische soziale Kämpfe war, durch die alleinige Vorherrschaft des Kapitalismus in seiner Neoliberalen Form verloren geht. Wie sollen Menschen über sich selbst herrschen, oder auch nur VertreterInnen wählen geschweige denn eine radikalere Form von kollektiver Volksherrschaft anstreben, wenn sie die Probleme und Mächte nicht verstehen, die sie umgeben?

Dezentralisierung:

Dezentralisierung bedeutet häufig, dass Probleme im Grossen Massstab, wie zum Beispiel Rezessionen, Finanz- und Kapitalkrisen des Staats, an kleine und schwache Einheiten weitergereicht werden, die nicht in der Lage sind, sie technisch, politisch oder finanziell zu bewältigen. So dezentralisieren die Kürzungen staatlicher Unterstützung für Bildung oder geistige Gesundheit die Verantwortung für diese Aufgaben auf Kommunen, die sie ihrerseits auf einzelne Schulen oder Behörden dezentralisieren, die sie an einzelne Abteilungen weiterreichen, die dann so etwas wie „Entscheidungssouveränität“ haben, wobei natürlich die Ressourcen zur Ausübung dieser gespenstischen Autonomie und Souveränität fehlen.

Responsibilisierung:

Dezentralisierung und Responsibilisierung: Durch die Dezentralisierung von Macht wird mehr Verantwortung auf die Akteure übertragen ohne aber dass sie mehr Handlungsfreiheit erhalten, sondern durch von aussen kommende moralische Anordnungen regiert werden. Damit erscheinen sie als moralisch belastete Akteure und werde so als Individuum doppelt in die Verantwortung genommen. „Man erwartet von ihm, dass es für sich selbst sorgt (und tadelt es dafür, wenn es erfolglos ist), und man erwartet von ihm, dass es zum Wohl der Wirtschaft handelt (und tadelt es, wenn diese nicht prosperiert). Daher werden neue Immigranten in Europa nicht nur insgesamt als diebische

Unterhaltungsberechtigte dargestellt, die noch in der alten Welt der Anspruchsberechtigung operieren, anstatt für sich selbst zu sorgen; man gibt ihnen auch die Schuld dafür, dass sie Staaten in Schulden versinken lassen, das Wachstum hintertreiben und die Weltwirtschaft an den Rand des Ruins drängen.

Diese Kombination von Dezentralisierung und Respnobilisierung lässt sich wirklich sehr präzise am Asylwesen veranschaulichen und Harika wird nachher ein paar Beispiele geben.

Der globale Kapitalismus in Form des finanzgetriebenen Neoliberalismus hat keine Opposition mehr und jetzt gefährdet er die Überbleibsel der liberalen Demokratie selbst.

Auch wenn diese Art von Bildung nicht selten autoritär, Volkserziehung, patriotisch bis nationalistisch war hatte sich doch ein politischen Anspruch, nämlich die Volksbildung aller innerhalb einer politischen Community, damit sie zu guten Bürgern werden.

In den letzten Jahren wurde dieses Verständnis abgelöst durch eine Auffassung der Bildung, die dem Humankapital dient. Bildung misst sich danach, inwiefern sie die Wettbewerbsfähigkeit von Individuen steigert, als einer breiten und höheren Bildung.

Es ist nicht nur so, dass versucht wird in der Bildung verschiedene Bereiche zu privatisieren und mit der Wirtschaft zu verzahnen. In der Schweiz beispielweise sind viele Hochschulen und Universitäten noch öffentlich und die Gebühren noch einigermaßen tief (auch wenn dieser Druck zunimmt). Der Neoliberalismus fasst alles in Begriffen der Investition und Wertsteigerung von Kapital auf, einschliesslich und insbesondere die Menschen selbst. Dadurch werden die Menschen zu Konsumenten und Investoren. So verlangen unsere Demokratien eher nach technisch kompetentem Humankapital und nicht nach gebildeten Menschen, die sich am öffentlichen Leben und der gemeinsamen Herrschaft beteiligen.

Life-Long learning wird als emanzipatorische Bildung verstanden. Nicht mehr das entfremdete Dasein einer privilegierten Bildungselite, die mehrere Jahre sich nur auf das

Studium konzentriert, sondern heute ist es möglich, sich immer weiter zu bilden und sich neu zu erfinden.

Bildung wird oft nicht angestrebt zur Entwicklung der Fähigkeiten von Bürgern, zur Aufrechterhaltung der Kultur, zur Erkenntnis der Welt oder zur Vorstellung und zum Entwurf verschiedener Möglichkeiten eines gemeinsamen Lebens.

Beispiel: Als die ASZ das Gebäude der städtischen Raumbörse besetzte, um dort Räume zu fordern, die vorher für ein Start-Up der Stadt Zürich vorgesehen war: sagte eine Person in einer Leitungsfunktion der Sozialbehörde: „Wir sollten endlich aufhören, die verschiedenen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Die Kreativen und die Flüchtlinge haben beide ihre Berechtigung, beide suchen ihr Glück“. Damit hat er ihre Gleichheit als Marksubjekte gleichgemacht und damit ausgeklammert, dass die Forderung der ASZ eine Forderung nach Demokratie war, nach einem gesellschaftlichen Platz und nach Raum der Teilhabe.

Demokratie

<<Demokratie>> ist der Name einer politischen Form, in der die Gesamtheit des Volkes das Gemeinwesen und damit sich selbst regiert. Obwohl es viele Theorien und Modalitäten der Demokratie gibt, kann als Minimum einer Demokratie festgestellt werden: Menschen ihre eigenen Gesetze und wichtigsten politischen Entscheidungen autorisieren, sei es direkt oder durch gewählte Stellvertreter.

Das zu einer Demokratie eine breite Bildung gehört, war im letzten Jahrhundert noch vorherrschend. Gerade die Ausbreitung der Geisteswissenschaften weisen darauf hin. Bildung nicht bloss als Instrument des wirtschaftlichen Aufstiegs, sondern um die Welt zu verstehen in der man lebt. Dazu braucht es eine grundlegende Vertrautheit mit der Geschichte, dem Denken, der Literatur, der Kunst, der Gesellschaftsanalyse und Naturwissenschaften. Gerade der Status der Geisteswissenschaften wird heute stark ausgehöhlt und als zusehends unnütze Bildung angesehen, die nichts zur Wirtschaft beiträgt.

Doch wenn die Ausweitung einer gebildeten Öffentlichkeit bekämpft wird, was dann?

Der Wert eines Abschlusses wird auf das Versprechen der Einkommensgenerierung reduziert. (wie oft haben wir uns im Studium gesagt, scheiss auf den Inhalt, die Punkte zählen.)

Damit ändert sich der Zweck der öffentlichen Hochschulbildung und somit auch deren Inhalt und Organisation. Das hat grosse Auswirkungen auf die demokratische Staatsbürgerschaft. Wenn nur noch das zählt, was den ökonomischen Wert steigert, dann wird all das was nicht als unmittelbar diesem Zweck dienlich, aussortiert und dazu gehören oft Inhalte der Geisteswissenschaft oder der Kultur und Kreativität.

Öffentliche Hochschulbildung, die als Medium für Egalitarismus und gesellschaftliche Mobilität und als Mittel zur Erreichung einer umfassend gebildeten Demokratie verstanden und finanziert wurde sowie als etwas, das der Individualität Tiefe geben und bereichern sollte. Soziale Klassen werden eher gefestigt als neu gestaltet. (s. 220)

Wie Wendy Brown darlegt, waren die Geisteswissenschaften ursprünglich nur für Männer gedacht, die sich nicht mit den manuellen Tätigkeiten der unteren Schichten betätigen sollen, sondern es war Bildung für die freien Weissen Männern im Gegensatz zur Bildung der Sklaven. Die Ausdehnung der Geisteswissenschaften kann vor diesem Hintergrund als ein radikal-demokratisches Ereignis betrachtet werden.

Die Geschichte der Autonomen Schule Zürich lässt sich selbst an den Fragestellungen, die sich aus den Fragen der Bildung im Neoliberalismus ergeben illustrieren. Sie entstand aus unterschiedlichen, aber zusammenhängenden Protestbewegungen. Da war einerseits die Bleiberecht-Bewegung, die sich im Zuge der Verschärfungen im Asylbereich 2007 organisierte und ein kollektives Bleiberecht und Ausschaffungsstopp forderte. Der Widerstand führte zur Besetzung der Predigerkirche im Winter 2008/2009, wodurch eine grosse mediale Aufmerksamkeit erreicht wurde. Andererseits besetzten Studenten einige Monate später einen grossen Hörsaal in der Uni Zürich für mehrere Wochen unter dem Motto „Education is not for sale“.

Bratic:

Migrantische Selbstorganisation:

- Strategie, die eigene Macht zur vergrössern mit dem Ziel der Vegrösserung politischer Handlungspotentiale. (Autonomie und Emanzipation).

Als die Sans-Papiers und illegalisierten Migrantinnen sich organisierten und diverse Aktionen in Form des zivilen Ungehorsams durchführten, hatten sie diverse Forderungen: die kollektive Regularisierung (anstelle der Individualprüfung), also die Normalisierung und Anerkennung ihrer Anwesenheit. Ein rechtlicher Schritt, der die verschiedenen Formen massiver staatlicher Ausgrenzung aufheben soll: die Polizeiliche Verfolgung, Inhaftierung und Abschiebung, die Reduzierung auf das nackte Leben.

Animal Rights (Tierrechte), das Recht auf Nahrung und Dach über dem Kopf.

Die Sans-Papiers wollten eine Schule gründen. Diese sollte unabhängig von Staat sein.

Es sollte in ihren Händen sein, dass heisst sämtliche Entscheidungen, die die Belange der Schule betreffen, wird von ihnen mit dem Teil der Verbündeten, die sich zu den Prinzipien

bekennen selbst getroffen. Die Schule muss frei sein vom Paternalismus und Kontrolle des Staates.

Chantal Mouffe schlägt vor, die Demokratie als Paradox zu verstehen, da sie aus der Artikulation zweier unterschiedlicher Traditionen entspringt.

Der Liberalen Tradition: Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Respekt vor individueller Freiheit

Der demokratischen Tradition: Idee der Gleichheit, und Identität zwischen Regierenden und Regierten und der Volkssouveränität sind.

Heute werden Rechtsstaat und Verteidigung von Menschenrechten gegenüber der Fragen der Volkssouveränität bevorzugt. Vor diesem Hintergrund hat Chantal Mouffe ein Demokratieverständnis vorgeschlagen, welches diesen Konflikt und Antagonismus beinhaltet.

Man muss diese Alternative (die transnationale Konstruktion auf eine progressive Erweiterung der Bürgerschaft) immer konkreter machen, indem man ihre Hauptprobleme analysiert: die Blockierung sozialer Bürgerschaft, die Teilung Europas in Zonen ungleichen Zugangs und ungleicher Selbstbestimmung der Völker, die Entwicklung einer europäischen Apartheid im Umgang mit Einwanderung und Asylrecht. Nicht fromme Wünsche und schöne Reden über >>staatsbürgerliches Bewusstsein>> können den demokratischen Prozess neu in Gang setzen, sondern selbstständige Initiativen des Denkens und Handelns.

Wir sollten im Denken, Erfinden und Kämpfen alle möglichen Baustellen der Bürgerschaft eröffnen. S. 15/16

In diesem gesellschaftlichen Klima der Ökonomischen Krise und Austerität, in dem Milliarden öffentliche Gelder in die Absicherung der internationalen Finanzwirtschaft gepumpt werden und die öffentlichen Ressourcen knapp sind wird von jedem einzelnen immer mehr verlangt, dass er sich nicht auf den Staat verlassen darf, sondern für die Bildung selbst zahlen muss. Jeder und Jede ist selber verantwortlich, seine eigene Performance auf dem Bildungsmarkt zu steigern, um so bessere Möglichkeit auf dem Arbeitsmarkt zu haben. wir der Kampf auch unter biopolitischen Aspekten wie Race geführt.